

Verfunkene Welt.

Fürst Bilotows Denkwürdigkeiten.

„Mer nicht vor der französischen Revolution gelebt hat, der weiß nicht, wie süß das Leben sein kann!“ Dieses Wort des französischen Staatsmannes kann auch angewandt werden auf das Deutschland der Vorkriegszeit. Ein Leben wie ein Paradies, eine Entwicklung, die sich überlegte, Pracht und Pomp, und doch lauzierten die Gefahren, schwere Kontraktionsfehler, die bei der Errichtung und dem Ausbau des Reiches gemacht waren, mußten sich rächen. Dieses Deutschland der Vorkriegszeit, heute eine verfunkene Welt, zeichnet Bernhard von Bilotow in seinen „Denkwürdigkeiten“, deren erster Band loeben im Verlag Ulstein erschienen ist und die, wenn sie insgesamt vorliegen werden, ohne Zweifel neben den Akten des Auswärtigen Amtes das wichtigste Quellenwerk zur deutschen Geschichte nach Bismarck bis zum Zusammenbruch darstellen werden.

Dieses Artikel darf man aufrecht erhalten, auch wenn die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bilotow naturgemäß die Nachwirkungen der eigenen Bilotow bringen sollen. Ein abschließendes Urteil ist noch nicht möglich. Dafür ist vor allem der zweite Band notwendig, der von der Marokko-Krise bis zum Abschied Bilotows führt. In dem vorliegenden Bande zeichnet Bilotow das Weltbild, wie es war, als er das Staatssekretariat des Meusem übernahm. Der Draht nach Ausland war abgebrochen, der Rückversicherungsvertrag war in verletzlicher Form gekündigt worden. Die russisch-französische Allianz mußte die naturnotwendige Folge sein. Die Kräfte des Kaisers, die Bilotow als Vorgesetzter im Auswärtigen Amt, Marokko, gestützt hatte, schen in England eine Stimmung, die benutzt unfeindlich war. In Ostafrika waren politische Experimente höchst zweifelhafter Natur eingeleitet und durchgeführt worden. Und in dem Augenblick übernahm Bilotow die Leitung der auswärtigen Politik. Bestimmend war für ihn der auch in den „Denkwürdigkeiten“ ausgeprochene Gedanke, „sich von niemandem auf die Kniee treten zu lassen“, und der weitere Gedanke des Ausbaues der Flotte, an der er mit Trapp gearbeitet hat. Darüber nach dann für den Diplomaten Bilotow als Vertreter: es durch diplomatische Geschäftigkeit mit niemandem ganz zu verdecken, damit auf diese Weise der Friede gewahrt wird. Charakteristisch ist für ihn und für die Situation das Gespräch, das Bilotow gleich im Anfang seiner Tätigkeit im Velehof mit dem russischen Außenminister Murawiew führte. Bilotow stimmte ihm zu, als Murawiew sagte, daß es die Aufgabe der beiden Außenminister sei, daß er, Murawiew, die Franzosen und Bilotow die Desterreicher vor Dummheiten zurückhalten müßte, das heißt, vor nicht widergutmächtigenden Dummheiten.

Das war in Wirklichkeit auch die Auffassung Bilotows, der da glaubte, daß allein diplomatische Geschäftigkeit genügen würde, um einen Krieg zu verhindern. Bilotow vertritt diese These immer wieder. So führt er zum Beispiel an einer Stelle aus, daß der Ausbruch des Weltkrieges gerade deshalb tragisch gewesen sei, weil er erfolgte, obwohl die englisch-deutsche Krisis wegen des

Klottenbaues bereits überwinden gewesen wäre. Fürst Bilotow vertritt das ganz ernsthaft, und deshalb kommt er auch zu den harten und abschreckenden Urteilen über das Auswärtige Amt. Er spricht von der furchterlichen Fehlen, die hier im Juli 1914 gemacht worden sind. Er nennt Jagow den Heinen Jagow, nennt das Amt eine Behörde von Mittelmäßigkeiten, in der sich „schleisslich kaum noch ein einziger politischer Kopf“ betätigt hätte. Bilotow hat ja selbst seine Aufgabe so aufgelöst: Dummheiten verhüten. Das ist gewiß viel. Aber es kann im ganzen nicht genügen. Er hat den Kaiser vor der Verwirklichung absurder Ideen zurückgehalten, so damals, als Hilffing Eutenberg ihm eingereicht hatte, man müsse die Bären-Inseln im Nordischen Eismeer annektieren, auf denen sich große Kohlenlager befinden sollten.

Ein besonderes Interesse wird natürlich das Urteil Bilotows über den Kaiser finden. Man braucht nicht so weit zu gehen, um alle Meuerungen Bilotows über Wilhelm II. als eine Quittung anzusehen für das unfürstliche Wort: „Hier habe ich das Luder fortgelagt!“ Der Fürst Bilotow spricht oft davon, wie er dem Kaiser die Wahrheit gesagt habe. Das ist aber genügt, hat es genügt? Es ist schon ein Stück Tragik dabei, wenn der Kaiser nach dem Krieg leben mußte, was Bismarck und was Bilotow über den letzten deutschen Kaiser dachten und schrieben.

So steht vor uns das Gemälde des glücklichen, aber nur scheinbar glücklichen Vorkriegsdeutschland auf. So lesen wir diese „Denkwürdigkeiten“, die ein Mann mit fundierter Bildung, ein geschickter Diplomat und ein glänzender Stilist geschrieben hat. Der vornehme Kritiker macht gelegentlich Konstellationen, wenn es ihm zweckdienlich erscheint. So bemerkt er einmal anerkennend bei der Schilderung des russischen Finanzministers Witte, daß dieser sich von unten heraufgearbeitet habe, was immer für einen Mann spreche. In anderer Stelle moniert er aber, wenn ein Reichsanwalt der Provinzial ein Fremdenrecht falsch auswirft. Ist aber eine richtige Entscheidung nicht besser als ein richtig ausgeprochenes Fremdenrecht? In der Welt, die verfunken ist, kann es auf die diplomatische Geschäftigkeit an; nun will es doch scheinen, als ob die diplomatische Geschäftigkeit nur eine sekundäre Tugend ist, wenn nicht oben steht — weit größer als alles andere — der erste Gedanke der Verantwortung.

Wohin fliehet Desterreich?

Um einen Hof der Mitte.

Men, 30. September.

Dr. Seipel ist von seiner Nordlandreise nach Wien zurückgekehrt und hat sofort die Besprechungen mit den christlich-sozialen Führern aufgenommen. Es gilt als wahrscheinlich, daß Dr. Seipel in dem neuen Kabinett einen hervorragenden Platz erhalten wird. Von vielen wird er sogar als der kommende Bundeskanzler bezeichnet. Dies eilt jedoch den Laifachen voraus, da die Christlich-Sozialen ihren Beschluß, Baugoin bei der Kabinetsbildung zu unterstützen, nicht geändert haben.

Man erwartet baldigst eine Klärung der Lage, und

war durch die offiziellen Beratungen der Christlich-Sozialen, der Großdeutschen und des Landbundes. Die Großdeutschen erklären, sie wären nicht abgeneigt, im Falle einer Rangierschaft Seipels sich wieder der bürgerlichen Koalition anzuschließen. Ihr Widerstand richtete sich nur gegen Baugoin. Großdeutsche und Landbund wollen sich ursprünglich bereit erklärt haben, einen großen Hof der Mitte zu bilden, dem auch kleinere Parteien angehören sollten. Sie ermaßen aber, daß Schöber die Führung dieses Mittelblades übernehmen würde. Es scheint nun, daß Schöber eine derartige Bindung nicht eingehen will. Andererseits werden ohne seine Führung die Ausschichten dieses Mittelblades nicht sehr günstig beurteilt. Das harte hervortreten Seipels kann also sehr wohl zur Wiederherstellung der bürgerlichen Front und zur Fortsetzung der parlamentarischen Arbeit bis zu dem normalen Wahltermin führen.

Die Kabinetsstrife in Wien ist im Augenblick noch ungelöst. Aber die Nachrichten, die darüber vorliegen, lassen erkennen, daß der Sturz des Kabinets Schöber ganz andere Hintergründe gehabt hat, als die äußere Urlande erkennen ließ. Schon die Laifache, daß Seipel seine Vortragsreihe durch Standreden sofort abbrach, war ein Signal. Und die weitere Tatsache, daß heute bereits nach seiner Rückkehr nach Wien Seipel die eigentlichen Verhandlungen führt, obwohl der formale Auftrag zur Regierungsbildung an Baugoin ergangen ist, gibt Aufschluß genug, welche Kräfte am Werk gewesen sind, als die Regierung Schöber besetzte gebrochen wurde, und welche Kräfte heute dabei sind, die Macht an sich zu reißen. Dr. Seipel hat nicht nur mit Baugoin gesprochen, sondern er hat auch sofort die Führung aufgenommen, mit den gegenwärtigen Führern der Christlich-Sozialen und mit den Vertretern der Großdeutschen und des Landbundes. Das zeigt zum mindesten eines: Seipel ist der kommende Mann im Kabinett, er wird wahrscheinlich auch der tatsächliche und offizielle Führer der neuen österreichischen Regierung sein.

Zwei Jahre sind vergangen, seitdem Seipel von der Regierung abgetreten ist. Damals war die Situation noch nicht so weit gefärrt, daß die Rolle der Heimwehren im Staat eindeutig diktiert war. Damals galt es noch zum Teil mit und zum Teil gegen die Heimwehren, aber auf jeden Fall mit dem Parlament eine Verfassungsreform anzubahnen und schließlich durchzuführen, die den Weg für eine sogenannte legale Diktatur freimachen würde. Diese Aufgabe hat Dr. Seipel seinem Nachfolger Streeruwitz überlassen und sie hat schließlich gemollt oder umgewandelt dem eben getretenen Dr. Schöber zu. Nun ist diese Aufgabe gelöst und Seipel ist wieder an seinem nächstliegenden Ziel, die tatsächliche Regierungsgewalt in die Hände zu bekommen. Wohin fliehet Desterreich? Die Antwort auf diese Frage kann nur mit Bedauern gelacht werden.

Indiskretionen aus Genf.

Briand über die heutige Lage Deutschlands.

Genf, 1. Oktober.

Bei einem Empfang von Vertretern großer internationaler Frauenverbände hat Briand bemerkenswerte Ausführungen über die heutige Lage Deutschlands gemacht. In diesen Ausführungen Briands, die von einem heiseren Morgenblatt wiedergegeben werden, heißt es u. a.:

Eine Erklärung für die in den deutschen Reichstagswahlen zutage getretene Bewegung nach rechts ist für die schwierigen, fast tragischen Lage Deutschlands zu suchen.

Nach einer von ihm eingeleiteten Unterredung seien die deutschen Frauen für diese radikale Rechtsbewegung nicht verantwortlich.



URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAP-SA.

Mac Leod hatte von seinem Anwalt ein gleichgeartetes Schreiben bekommen und war ungewöhnlich zufrieden damit. Die Frau los und doch nicht los, immer noch dem Namen nach mit ihm verbunden, also immer noch die wertvolle Creditbasis. Was konnte er sich besseres wünschen? Außerdem, die kam wieder, wenn er sie brauchte! Darum mochte er sich keine Sorge.

Die hundert Gulden? Zum lachen! Ihm war nichts zu nehmen. Seit er aus Java zurück war, hatte noch kein Gläubiger auch nur einen Cent von ihm erhalten. Und das kleine Mädchen? Gut so, wie die Kameraden entschieden hatten. Es tief ihm nicht mehr im Wege herum. Nun konnten in der Van Bredaart Feste gefeiert werden, die niemand hätte.

Und sie wurden gefeiert. Der Anstand gebietet, über diese „schönen Tage im Sittlichen“ schweigend hinwegzugehen.

Mac führte ein müdes Leben, schlummer, wie er es auf Java geführt hatte.

Aber auch ein Leben ist ein Haushalt, in welchem nach bestimmten Gesetzen gewirtschaftet werden muß, wenn es gerundet bleiben soll. Der vernünftige Mensch lebt von den Zinsen und nicht vom Kapital.

Mac hatte danach niemals gefragt. Er lebte nur nach Zinsen.

Was kümmerte ihn ein physischer Fonds! Heute ist heut, das war seine Lebensdevise. Was morgen kam, kam immer noch zeitig genug.

So ging der September hin in Jubilo, der Oktober schon nur noch in Freude.

Der November brachte den Kapenjammer. Es kamen Nebel, Regen und Kälte. Es kam das Wetter, hinter dem Gestirnen und Brandheit, heftige Vermutungen und allerlei Leiden einberieselnden. Und in diesem Wetter hatte sich Mac eine fühlbare Bronchitis geholt.

Fieber zwischen achtunddreißig und vierzig. Was will die leichtlebige Welt mit einem kranken Manne? Die nur in der Nacht leben, wollen am Tage schlafen und am Sonntage ein fremden Menschen hart jede Gemütslichkeit auf.

Die da zu Tausenden auf ein Ost gehen, bleiben fern. Mac empfand keine trostlose Lage und die peinliche Einsamkeit empfindlich. Jetzt lebte ihm Traute.

Mit einem Male entsann er sich ihrer. Ihm fehlte die stille, feine, glatte, duftsame Helferin, die in Stunden der Not selbst ihr gequältes Herz zu überwinden vermochte. Es fehlte die Frau mit den sorglichen, zarten Händen und den tiefen, warmen Augen.

Ihm fror im ungemachten, schmutzigen Bett. Und wenn er aufstehen mußte, sich Essen bereiten, klapperten ihm die Zähne in der eiskalten Bude.

„Hundeleben, gottverdammlich! — So ein Hundeleben.“ Das klangte er, nicht gehend am Tage. Aber niemand half ihm beim Wässern der selbst eingebrachten Suppe.

Und er entschloß sich, an die zu schreiben, die nach seiner Ueberzeugung kommen mußte, wenn er sie brauchte.

Aber sie kam nicht.

Arbeitslos blieb stumm, sein Zimmer ungeheizt und sein Bett ungemacht.

Traute hatte sich in den ruhigen und sonnigen Erbsheimer Nachsommer- und Herbsttagen erboten. Sie hielt sich der Landesigen Gesellschaft fern. Nur wenn es dringend geboten, war sie zugegen.

Ihr Buen Retiro war der Tante großer Bart. Dort fühlte sie sich wohl und Sannelte mit ihr.

Und als eines Tages ein Rärden vor ihre Füße wehte, das gleichsam achlos und doch absichtlich von einem Anderen durch die Heineinfriedung gestoren wurde, und nur die Worte enthielt: „Pausmirtat 14. 5. II. — Tagsüber Werft.“

war das Gefühl von Sicherheit und wohlwunder Ruhe in ihr so vollkommen, wie lange nicht.

Kein noch so tolleranter Kavalier konnte so diskret sein, wie dieser Ander, der wie ein Skatogen am Garten entlang gehend war.

Während der ganzen Zeit war er ferngeblieben. Nie brauchte sie Bangen zu haben, daß er sie jemals kompromittieren würde. Er hielt sich fern, er blieb verschunden und war doch da.

Das zu wissen, wärmte die sonnenarme Seele Trautes und machte sie sicher und froh, bis eben jener erste Brief Leods kam, der in diesen Frieden fiel, wie Frost im Mai.

Und bei diesem ersten Briefe schlief es nicht. Viele kamen in regelmäßigen Zwischenräumen.

Sie heilten, katen, bestellten. Bergeweis! Dann aber drohen sie frech, überschämt und brutal.

Keinen dieser Briefe beantwortete Traute. Auch den letzten nicht, der sehr kurz war und nur drei Sätze enthielt:

„Du willst nicht im Guten, so sollst du müßen im Bösen. Ich will dich von einem Ende Jollands zum anderen jagen, bis du zerbrochen und weinend wie ein Hund an meiner Tür mit Einlaß bestellst. — Werlaß dich darauf!“

Diese Sprache fannete Traute. Sie war die einsig wehre, die er rebete. Nur im Teuflichen konnte er fonsenken sein. Schatten lagen auf ihrem Wege und in ihrer Seele war Dunkel.

Es war am 11. Dezember 1902. Traute lag in ihrem Zimmer mit einer Handarbeit beschäftigt, die sie der Tante zu Weihnachten zu schenken beabsichtigte. Hannele spielte.

Da trat die Hofe ins Zimmer und bat Frau Mac Leod zur Tante Baronin.

Ahnungslos ging Traute hinunter. Beim Eintreten schon hielt ihr die Tante eine Zeitung hin. Das Papier zitterte in ihrer Hand. Es war das „Allgemeine Handelsblatt“, eines der vorbestrittenen Organe Hollands.

(Fortsetzung folgt.)

Nach einem unabsehbaren Geschehen stießen das Elend und die Leiden die Wölfer zu rabulischen Schlingen. In Deutschland wurde es diesen Wölfen nicht anders um die Welt zu betätigen. Aber ein vernichtetes Deutschland sei eine Gefahr für den Frieden.

Brüder stelle dann fest, daß sich bei den großen Banken außerordentlich große Mittel angeammelt haben, die jetzt über die Schweiz und Holland Deutschland zu außerordentlich hohen Zinssätzen geliehen würden.

Aber keine Sabotage und kein Streik können auf die Dauer eine betrieblige Kraft tragen. Wenn ein Land eine betrieblige finanzielle und Wirtschaftliche Durchdringung, die sogar sein Dasein bedrohe, so müßten die übrigen Länder sich davon enthalten, schlechte Ratsschlüsse der Verzweiflung zu geben, sondern sofort zu Hilfe eilen.

Ein Scheitern ein europäischer Finanzierungs-Mechanismus vor, der fähig wäre, den Nationen, die sich in schwerer Lage befinden, sofort Dienste zu leisten. Wichtiges habe der Vorkriegsstand bereitet, indem er Österreich aus seiner verzweifeltsten Lage half.

Heute würde zweifellos keine Regierung den Krieg; aber die Lage sei dadurch heute außerordentlich erschwert, daß gewisse Interessen gegen den Frieden arbeiten. Die großen Fabrikanlagen von Munition und Waffenanlagen arbeiten fortgesetzt gegen den Waffensubstanz, sie wären es, die den fortgesetzten Waffensubstanz gegen den Frieden finanzieren.

Von französischer Seite bemühe man sich um eine Verständigung der Industrien und Finanzen der einzelnen Länder untereinander. Der Weltfrieden sei unerkennbar, daß bereits zwischen den möglichen französischen und deutschen Industrien über zugehörige Kartelle abgeschlossen seien, die im Interesse der europäischen Solidarität arbeiten.

Brüder betonte dann, daß er heute nicht die Wölfer habe, das Ruder aus der Hand zu legen. Die deutschen Wölfer hätten die Angriffe der Nationalisten gegen ihn verhindert. Dennoch handle auf seiner Seite der Wille des französischen Volkes.

Die Erklärungen Bründens über Deutschland, die das „Journal de Genève“ veröffentlichte, haben überall Staub aufgewirbelt und wegen ihres ungewöhnlich offenen Charakters vielfach Aufsehen hervorgerufen. Bründens selbst erklärte Vertretern der Presse auf Anfrage, daß er niemals die Vertreter der internationalen Frauenverbände ermächtigt habe, diese Erklärungen zu veröffentlichen. Es handelte sich um eine private Unterredung, die vor acht Tagen stattgefunden habe. Aus der Unterredung seien einzelne Bruchstücke richtig, einzelne Teile in falscher Form wiedergegeben. Bründens gab seinem unerhoffenen Erlaßten darüber Ausdruck, daß ohne seine Zustimmung keine privaten Erklärungen im „Journal de Genève“ veröffentlicht würden. Der wesentliche Inhalt der Erklärungen, die nach französischer Auffassung in Unklarheiten ausgefallen sind, wird jedoch von französischer Seite nicht bemerkt.

Prozess gegen die Reichswehroffiziere

Eine Erklärung des Vorsitzenden.

Leipzig, 30. September.

Der Vorsitzende im Prozess gegen die Reichswehroffiziere, Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten, hat eine Erklärung abgegeben, in der er darauf hinweist, daß ihm aus den Kreisen des Publikums, teils mit, teils ohne Namensnennung, täglich ungefähr ein Dutzend Briefe zugehändelt würden, in denen mehr oder weniger leidenschaftlich auf Gunsten oder Ungunsten der Angeklagten Stellung genommen und verurteilt wird, daß dies Gericht einzumischen.

Während die einen erklären, die 3 Angeklagten müßten selbstverständlich freigesprochen werden, seien die anderen ebenso selbstverständlich der Ansicht, daß sie verurteilt werden müßten und die Richter sollten sich doch nicht dummen reden lassen. Alle diese Zuschriften prallten bei den Richtern selbstverständlich ab. Der Vorsitzende betonte, daß er und seine Kollegen in völlig unparteilicher und rein sachlicher Weise ernstlich bemüht seien, niemandem zu Leide und niemandem zu Liebe in diesem Prozess das Recht zu finden.

Dr. Baumgarten erwiderte das Publikum, bezwarte, für das Gericht zwecklose Zuschriften, zu unterlassen.



URHERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU-SA.

(10. Fortsetzung.)

„Do, lies,“ sagte sie und zeigte auf ein großes Injunkt. Traute las: „W A R N U N G ! Ich warne hiermit jedermann, meiner Frau Gertrud MacLeod geb. Zelle, die sich augenblicklich in Arnheim aufhält, auf meinen Namen Geld zu leihen, da ich für nichts aufkomme, weil sie die gemeinschaftliche Wohnung während meiner Abwesenheit ohne mein Wissen und meinen Willen verlassen hat und trotz wiederholten Aufforderns die häusliche Gemeinschaft nicht wiederhergestellt.“

Hauptmann MacLeod. Sie sah lange auf die Zeitung nieder. Sie begriff das noch nicht recht, was sie gelesen hatte. „Nun?“ fragte die Tante mit hochgezogenen Brauen. „Es kümmert mich nicht,“ sagte Traute. „Aber nicht, Reichsrichte, mich kümmert es.“ „Es ist doch nicht wahr, was er liest. Es ist doch Lüge.“ „Gleichgültig,“ erwiderte die Baronin. „Doch es hier liest, ist das schlimmste. Es fehlt nur noch, daß dieser — dieser Hauptmann a. D. — das sagte sie mit eifriger Verachtung — meinen Namen erwähnt hätte! Daß er geschrieben hätte: die sich augenblicklich in Arnheim bei ihrer Tante, der Baronin Smoerts von den Landen aufhält. Das hätte noch!“ Und Traute begriff mit einem Male die ganze Tragweite dieser Anzeige. „Das nächste mal wird es bestimmt drinnen stehen,“ fuhr die Tante fort. „Und darauf müßte ich es nicht antworten lassen. Ich will nicht in eine unangenehme und unruhige nehmen Angelegenheiten hineingezogen werden. Du verstehst?“ Traute nickte.

Dann wurde mit der Vernehmung des Zeuginnis Fürsten am 2. Artillerie-Regiment in Ettlin in der Beweisaufnahme fortgefahren.

Der Zeuge Fürsten folgte, er habe mit dem Angeklagten Ludin auf dessen Witten hin in Berlin eine Unterredung gehabt. Es gelte, den Geist der Wehrhaftigkeit wieder zu wecken. Politisch müßten dem Soldaten diejenigen Parteien am nächsten stehen, die vaterländische Bestimmung zeigten.

Von der Entgegnung von Wehlungen durch einen nationalsozialistischen Vertreter sei nicht die Rede gewesen, auch nicht von Aufforderung zum Angehörigen, wohl aber davon, daß bei einem Einbruch von Reichswehr durch die Regierung die letzte nationale Bewegung in Deutschland nicht zu Grunde gehen dürfe.

Auf die Erklärungen des Zeugen, er würde von seinem Standpunkt aus einen Ruf für ungeheuer staatsgefährdend halten, habe Ludin gesagt, daß ein solcher Ruf in ablehbarer Zeit auch gar nicht in Frage komme. Der Zeuge Fürsten erklärte, es sei richtig, daß im Offizierskorps für gewisse nationalsozialistische Ideen gewirkt werden sollte, und zwar für den Gedanken der Wehrhaftigkeit und der nationalen Vereinstimmung. Man sei sich in den Besprechungen darüber klar geworden, daß der Soldat dadurch in einen Bewußtseinsfortschritt kommen müsse, wenn der Geist der Reichswehr durch eine Regelung bestimmt werde, die von internationalen Beziehungen befreit sei. Die Vereinstimmung erklärte, es handele sich darum, den Konflikt aufzuheben in den jeder Soldat kommen müsse, wenn beispielsweise ein Minister, der rein politisch sei, das Reichswehrmilitär im Übermaß, und fragte, was denn getan worden sei, um den Offizieren in dieser Hinsicht zu helfen.

Major Theisen erklärte, der Reichswehrminister müsse mit allen Mitteln bestrebt sein, der Zerlegung von rechts oder links entgegenzutreten. Die Wahl der Mittel müsse ihm überlassen sein.

Reichsbahn schränkt Arbeit ein.

Herabsetzung der Arbeitszeit.

Berlin, 1. Oktober

Um planmäßige Entlassung von Arbeitern in größerem Umfang in der Bahnunterhaltung und in den Werkstätten zu vermeiden, hat die Reichsbahn-Hauptverwaltung mit den Gewerkschaften für das Reichsgebiet am 31. Oktober bis Dezember 1930 folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Die Arbeitszeit in der Bahnunterhaltung wird im Monat Oktober 1930 von neun auf acht Stunden herabgesetzt. Außerdem wird im November 1930 eine Feiertagsruhe eingelegt werden.

2. In den Reichsbahn-Ausbesserungswerken werden in den Monaten Oktober bis Dezember 1930 je 1,66 Feiertagsruhe, gleich insgesamt 16,66 Arbeitsstunden eingelegt werden. Die Arbeitszeit ist von acht auf acht Stunden gesenkt.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, gebildet durch den Abschluß dieser Vereinbarungen, ist ermächtigt, im Besonderen planmäßige Entlassungen von Arbeitern in dem Umfang in der Bahnunterhaltung und den Werkstätten, ausserdem in der Zeit vom 1. Oktober 1930 bis 31. Dezember 1930 zu vermeiden. Obwohl der Reichsbahn durch 1,66 Arbeitsstunden eine rationelle Betriebsführung erleichtert wird, hat sie sich doch dazu im Interesse des Personals und zur Vermeidung einer Erhöhung der Arbeitslohnkosten entschlossen.

Verhaftung fahrender Ukrainer in Ostgalizien.

Warschau, 1. Oktober. Wie aus Lemberg gemeldet wird, ist im Zusammenhang mit der polnischen Aktion zur Unterdrückung der ukrainischen Sabotage in Ostgalizien der frühere Senator der ukrainischen Indo-Parcel, Tolomir, verhaftet worden. Außerdem wurde noch eine ganze Reihe fahrender Ukrainer in den vertriebenen, die Aktion umfassenden Südpolen Ostgaliziens festgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich vier Kommunisten, sieben Hochschüler, ein Pfarrerehe und viele andere. Der Metropolit der ukrainischen unierten Kirche ist aus Lemberg in Warschau eingetroffen, um hier mit den maßgebenden Stellen gegen die Ausschreitungen in Ostgalizien vorstellig zu werden.

„Tut mir je leid, aber —“
„Was denn, Tante? Was tut dir leid?“
„Kind, sei doch nicht so überfällig! Daß du gehen mußt, natürlich.“
„Gehen mußt?“ wiederholte Traute tonlos und blickte an die Worte Leods: „Wie soll dich von einem Ende Hollands zum anderen jagen.“
„Gehen mußt,“ sagte sie noch einmal, dann fragte sie: „Wann, Tante?“
„Je schneller, desto besser. Heute noch, gleich, jetzt — wie hart das klang! Und wie sagstisch das klang! Ach, werde sofort an deinen Mann schreiben, daß du dich nicht mehr bei mir aufhältst.“
„Tue das! Er wird sich freuen,“ sagte Traute und ging ohne Gruß und Dank hinaus.
Zwei Stunden später fand sie mit Hannele an der Hand, der Koffer neben sich und drei Gulden in der Tasche, davon gegang und heimwärts auf der Straße.
5.
Das war ein sonderbares Bild, das sich den Annehmern bot, die den Weg der Engel gingen. Gleiches hatten sie noch nicht gesehen.
Vor der Handeshöfen Villa lag auf einem Koffer eine Dame mit ihrem Kind, einem blauäugigen, blonden Mädchen. Die Vorbeigehenden machten große Augen, aber den Mund taun sie nicht auf.
„Das ist so im Lande, Mas, gefallt-mich-an.“
„Warum sitzen wir hier, was, Gamsi,“ fragte die Kleine und zog ein Schippen. „Mich freut.“
„Ich kann den Koffer nicht tragen, Hannele,“ antwortete die Mutter. „er ist zu schwer. Wir müssen warten, bis Hilfe kommt.“
„Wir wollen doch wieder mein tehr, Mama! Drinn ist warm.“
„Wir dürfen nicht, Hannele. Die Tante will uns nicht mehr.“
„Warum denn? Wir haben doch gefolgt.“
„Schon! Aber ich will nicht. Sie denkt, wir tragen ihr Schmutz ins Haus.“
Nichts ließ die Kleine gelten. Auch jetzt wieder sagte sie: „Wir haben uns doch immer abgetrennt.“

Bermittlung und wiedergefunden.

Konno, 1. Oktober. Der russische Flieger Tschuknowski, der fernerseitig an der Rettung der Mobile-Expedition teilgenommen hat und jetzt im Auftrag der russischen Regierung mit seinem Zweisitzerapparat auf dem Flug nach dem Karischen Meer begriffen ist, hat, nachdem er seit sechs Tagen vermisst war, ein Lebenszeichen von sich gegeben. Er landete in einem Quappfuch, in dem er erklärt, er habe infolge der schlechten Wetterverhältnisse den Weg verloren und sei am Jenissei angelangt. Er und seine Begleiter befinden sich bei guter Gesundheit und würden ihren Flug nach dem Karischen Meer weiter fortsetzen.

Fünzig Meuterer erschossen.

Schanghai, 1. Oktober. In Fujian hat das 21. chinesische Regiment gemeutert. Die Meuterer stießen den Regimentkommandeur und mehrere andere Offiziere. Der Oberbefehlshaber der chinesischen Streitkräfte in Fujian mußte sämtliche Truppen mobilisieren, um das meuternde Regiment zu entwaffnen. Fünzig Meuterer wurden hingerichtet. In Fujian ist die Ruhe wieder hergestellt.

Deutsch-litauische Einigung.

Genf, 1. Oktober. Sogleich nach Eröffnung der Festsitzung des Reichsausschusses für die Beziehungen zu den letzten Tagen Verhandlungen zwischen ihm und dem litauischen Außenminister geführt worden seien, die zu einer befriedigenden Regelung der als dringlich bezeichneten Punkte der Memelbesetzung geführt hätten, so daß Deutschland auf eine Erörterung im Rat verzichten könne.

Landwirtschaftliches.

Ungeziehr macht immer Sorgen, und jeder Tierhalter ist froh, wenn es die ersten Monate gelund überstanden hat. In der überliegenden Weidung der Fälle sind die Ungeziehrarten auf den Weiden den beiden Vitaminen A und D zuzuschreiben, denn A macht den Körper widerstandsfähig gegen Erkrankungen und fördert außerdem das Wachstum, und D verhilft die engl. Krankheit, die als Vieh, Stiefelnigkeit, Krampf, Krümmen und Rationell. Das Vieh des besten Wachstums- und Gesundheitszustandes zu erreichen. Die Vitamine A und D sind in den meisten normalen gemauerten Getreide, die nun gerade mit M. Vorkommen Vieh-Eier-Eiweiß (Vitamin A) (Vitamin B im Sinne des 1908) ergibt, werden, werden sich auf die Zucht, daß diese Gemauerten häufig unter Isomorphismus (Vitamin) hergestellt und darauf auf ihre Wirkung im Beobachtet wird. Die Vitaminisierung des „Oleofin“ ist 500 mal größer als die des Vitamins und dazu enthält es noch wertvolle Gemauerte und aufsteigende Vitamine. Zur Ernährung, verlässlichen Vorzug aller Jungtiere und probationsfähigster Bestiater für Mütter zu der Zeit des Stillenunternehmens ist daher „Oleofin“ in einer modernen Viehwirtschaft nicht mehr zu entbehren. Allen Züchtlern sei auch der Bezug der neu erschienenen 4 Ausgabe von „M. Vorkommen Vieh-Eier-Eiweiß für Züchter und Gärtner“ empfohlen. Das Buch wird von jeder Verkaufsstelle oder direkt von der Schrift völlig kostenlos und unentgeltlich abgegeben.

Neue Zeitschriften.

Das Postamt wird wieder modern! In diesem Herbst meinet ich die Frauennote wieder sehr kurz dem Postamt zu, daß allerdings das Postamt demnach verändert wird. Die Materialbezugsart man Tweed, Wolstoffe, Tuch, besonders aber Gams, der im kommenden Winter überhaupt eine große Rolle spielen wird. Das Postamt wird von dem Postamt der Frauennote, die die Frauennote für die Frauennote sehr beliebige Zeitschriften, Gemauerte und jahrelange geschmackvolle Modelle von Stoffen, Kleiden und Mänteln für jede Gelegenheitsrichtung, die jeder Alter, darunter auch große Modells für jüngere Damen. Die Zeitschriften finden in diesem Post der „Modestisch“ überlies wieder außerordentlich viel unterhalten und wissenswerten Stoffe. Der Postamt „Das Recht auf Ansehen“ erwidert die noch sehr wenig bekannt, wertvolle Seite der Wölfer, nicht weniger möglich ist die Fortsetzung der „Moderne Frauenberufe“. Und wenn es nicht interessiert, Olga Edechona, Georg Chaplin und Off Osmaiba über „Ihre erste Liebe“ plaudern zu hören?

„Aus der Spinn.“ Der Herr Hauptlehrer liest wieder einmal die Zeitschriften, die ich ihm schon ein Schindenschen seiner letzten Zeit gegeben. Nach einigen Minuten fragt er mich: „Was meinst du mit diesen Zeitschriften?“ Die Komonanten müßten jedoch herausgebracht werden, die Kinder werden sehr unzufrieden. „Sich einmal hier, ach! auf meine Handlung, 2.— bis, 2.— bis, 2.— bis, was liegt denn da nur?“ — „Nun, mein Kind?“ — „Wieder (troubled)“, „Spinde, Herr Hauptlehrer!“

„Ach, Hannele. Ich erlaube dir das mal, wenn du groß bist. Komm fuchsel dich an mich. Hier ist es auch warm.“
„Nicht fuchsel die den Mantel um ihr Kind und drückte es fest an sich.“
„Ich wenig Minuten schon hörte man Hanneles tiefe Atemzüge. Sie war eingekullt.“
Die Baronin, die vom Fenster aus, durch die Joze aufmerksamer gemacht, Nichts und Großmutter da draußen liegen sah, schämte vor der Mut.
„So ein Skandal!“, fauchte sie, „so eine Rücksichtslosigkeit. Wie die Zigarette! — Ganz Annehmlich wird das heute wissen.“
„Gleichzeit dir recht, dachte die Joze und erwiderte: „Meinorom konnte den Koffer nicht tragen.“
„Wer sagt denn, daß sie das sollte,“ fuhr die Alte das Mädchen an. „Ich habe wohl nicht Dienftboten genug? Frau! Gleichgültig! Siehen Sie nicht hier. Sagen Sie, Franz, daß —“
Die Joze war schon verschwunden. Franz lief mit großen Schritten. Die Baronin aber jammerte und lächelte, nicht über die eigene Hartfährigkeit, sondern über das ihr zugefallene Unrecht.
Franz fand vor der Gemäurten.
„Er hätte doch noch ich aus so viel Menschenmenge aufgebracht, der Kermis zur Hand zu gehen, wenn er nicht Krüffel und Borwürfe gefürchtet hätte.“
„Sie herzig! Ganz keine Bitte.“ Meinorom, lassen Sie mich Ihr Gesicht besichtigen.“
„Wie Traute sollte freundlich und bestimmt ab.“
„Danke,“ sagte sie. „Ich habe schon nach Hilfe geholt. Sie wird gleich kommen. Gehen Sie nur wieder hinein. Es ist kalt hier.“
„Ich hätte Ihnen gern geholfen, Frau Hauptmann,“ verließerte er, „so sehr gern.“
„Ach, glame es Ihnen, Franz. Aber es ist wirklich nicht möglich. Meine Tante könnte Sie brauchen.“
„Die schickt mich ja, Meinorom.“
„Bestimmt nicht aus Menschenfreundlichkeit.“
„Nein,“ sagte Franz sehr ernstlich. „Die kennt sie nicht. Aber unangenehm scheint es ihr zu sein, daß Sie gerade vor ihrer Tür sitzen.“
„Das kann ich nicht ändern. Wieder! Wenn mein Mädchen nicht eingeschlossen wäre, würde ich mich einige Häuser weiter weggehen.“ (Fortsetzung folgt.)

Neubauer-Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.30 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köhleben.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Reis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Neuba — Banverein Aetern.

Nr 117

Donnerstag, den 2. Oktober 1930

43. Jahrgang

Die Kabinettsbeschlüsse.

Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung.
Berlin, 1. Oktober.
Die Reichsregierung veröffentlicht nunmehr den mit großer Spannung erwarteten „Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung“. Er stellt ein überaus umfangreiches, eine Fülle von Einzelheiten behandelndes Dokument dar, das nicht nur die Reichsfinanzen, sondern auch die Haushalte der Länder und Gemeinden sanieren soll und die gesamte Wirtschaft des Reiches auf eine neue Grundlage stellt. Die wichtigsten Bestimmungen des Planes befolgen folgende:

Bilanz des Defizits.

1. Der Fehlbetrag des Haushalts für 1930, den die Reichsregierung auf rund 900 Millionen Mark beziffert, soll innerhalb von drei Jahren durch einen besonderen Fonds getilgt werden, und zwar in Beträgen von etwa 420 Millionen Mark im Jahr.

Haushalt 1931.

2. Um den Haushalt für 1931 auszugleichen, werden die Gehälter des Reichspräsidenten, des Reichstanzlers und der Reichsminister und der Abgeordneten um 20 Prozent, die Dienstbezüge der Reichsbeamten sowie die Pensionen der Wartegehl- und Ruhegeldempfänger um 6 Prozent herabgesetzt, und zwar ab 1. April 1931 für die Dauer von drei Jahren. Weiter werden die Löhnerhöhungen an die Länder und Gemeinden um 100 Millionen Mark gestoppt, wozu voraussichtlich infolge des Rückganges der Einnahmen weitere Kürzungen von 255 Millionen Mark treten werden. Die Arbeitslosigkeit des Reiches zur Arbeitslosenversicherung wird auf 420 Millionen Mark begrenzt. Entbunden werden im Reichshaushalt Zehntausende in Höhe von 300 Millionen Mark Genuß- und Tabaksteuer und Tabakzoll, das heißt eine Mehrertrag von 167 Millionen Mark abzurufen.

Kontrolle für Länder und Gemeinden.

3. Die Kürzung der Beamtengehälter und Abgeordnetenbezüge wird auch für Länder und Gemeinden eingeführt. Mit den Ländern sollen Maßnahmen zur Milderung des Reiches bei der Haushaltsaufstellung vereinbart werden. Es wird eine Haushaltskontrolle für Länder und Gemeinden eingerichtet. Ferner sind Sparmaßnahmen bei der Reichspflege und einer Verwaltungsvereinfachung in Vorbereitung. Durch diese Maßnahmen sollen auch die Haushalte der Länder und Gemeinden saniert werden.

Weitere Maßnahmen.

4. Sind eine Reihe von Maßnahmen geplant, die eine Vereinfachung des Steuerrechts, eine Neuordnung der Wohnungswirtschaft, eine Realsteuerentlastung, die Fortführung und den Ausbau der Agrarergänzungs- und die Verabschiedung eines neuen Finanzausgleichs bezwecken. Durch ein besonderes Gesetz wird endlich sichergestellt, daß die unter dem Druck der Not auf ein Mindestmaß herabgelagerten Ausgaben für die Dauer dreier Jahre in Reich, Ländern und Gemeinden keine Erhöhung erfahren dürfen, sondern daß alle etwa durch Eingang höherer Einnahmen erzielten Überschüsse für steuerliche Entlastung zu verwenden sind. Für das Reich wird ein Spargesetz die Grundlage für weitere Haushaltsparmaßnahmen bilden, denen zur Zeit gesetzliche Bindungen entgegenstehen.

Appell an das opferwillige Volk.

Die lange Verlaubarung der Reichsregierung schließt mit folgenden Worten: „Der Plan der Reichsregierung fordert von allen Leuten des deutschen Volkes Opfer. Deutschland muß aber rechtzeitig Anstoß an die Entwidlung in der großen Stunde der Weltwirtschaft finden, die durch die Senkung des Preisniveaus gekennzeichnet ist. Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiterwirken zum Wohle des Ganzen.“

Bezüge und Lebenshaltung aller Untermensch und Arbeitnehmerlichen sowie der Preisstand der deutschen Waren müße uns gestatten im Weltverkehr der Welt zu bestehen. Nur so werden die Produktionsstätten wieder belebt, nur so die Sorgen wachsender Arbeitslosigkeit von dem deutschen Volk genommen werden. Sorgen, die heute ernste Gefahren für Staat und Wirtschaft bedeuten. Bewußt, daß es keine Redfertigkeit vor der Geschichte dafür gibt, in diesem Augenblick verzagt zu haben, wird die Reichsregierung alles daran setzen, das Ziel zu erreichen.

Die Aufnahme des Sanierungsprogramms

Berlin, 1. Oktober.
In den der Reichsregierung nachstehenden Kreisen wird betont, daß alle Punkte des Sanierungsprogramms als „Sofort-Programm“ anzusehen sind mit Ausnahme des Finanzausgleichs, der später geregelt werden soll. Die Verhandlungen über die Vollziehung der Arbeitslosenversicherung vom Reichsrat sollen bereits im Zusammenhang mit den Vorbereitungen des kommenden Reichsausschusses geführt werden. Der Reichsarbeitsminister wird auch noch über gewisse Änderungen der Krisenführer mit den beteiligten Stellen beraten. Außerdem dürfte auch das Spargesetz bereits in absehbarer Zeit vorgelegt werden. Durch dieses Gesetz sollen Reformen auf verschiedenen Gebieten herbeigeführt werden, auf denen sich nach Ansicht des Reichsrats noch wesentliche Ausgaben vermeiden lassen. Dazu gehört u. a. die Frage der unbeschäftigten Militäranwärter, die dem Reich jährlich 40 Millionen RM kosten. Es ist anzunehmen, daß eine Berücksichtigung der Bestimmung eintritt, wonach die Gemeinden Militäranwärter einzustellen haben.
In Kreisen der Reichsregierung rechnet man offenbar damit, daß es doch gelingt, das Sanierungsprogramm auf dem verfassungsmäßigen Wege mit Hilfe des Reichstages durchzuführen. Man glaubt nicht, daß sich die Sozialdemokratie einer Sanierung der Reichsfinanzen und befristeter Führung der Beamtengehälter in einem Augenblick widersetzen kann, wo ein großer Teil der Arbeiter und kleinen Angestellten vollkommene Beschäftigungslosigkeit droht.
In politischen Kreisen unterteilt man besonders das Verdienst des Reichsarbeitsministers Stegerwald an dem Sanierungsprogramm, der mit Mut und Verantwortungsfreudigkeit die unpopulären Sparmaßnahmen seines Reichrats auf sich genommen hat. Allerdings sind auch bei anderen Ministern große Verdienste erfolgt. So ist der Grad des Auswärtigen Amtes, der im Laufe des Jahres bereits mehrfach getilgt wurde, auch diesmal weiter zunehmend geworden, und zwar so stark, daß die Bezüge der Beamten im Ausland um 21 Prozent herabgesetzt werden.
Die wesentliche Schwierigkeit des ganzen Programms sehen gut unterrichtete Kreise in den Fragen, die mit den Ländern und Gemeinden zusammenhängen, namentlich in denen, die die Gemeinden selbst betreffen. Hierzu gehört besonders der Verminderung der Löhnerhöhungen. Der Anteil von Ländern und Gemeinden an dem Steuerausfall ist in dem Kommunale mit 283 Millionen angegeben worden; davon dürfte etwa die Hälfte, also rund 150 Millionen auf die Kommunen entfallen, wozu noch die Kürzung der Löhnerhöhungen um rund 100 Millionen auf Grund der Senkung der Beamtengehälter tritt. Das macht im ganzen 250 Millionen. Wenn die Kommunen sich nicht bei den Kommunen etwas erheblich barriere mürkschaften läßt, als es bisher geschieht. Im übrigen ist zu hoffen, daß die schimmlichen Schwierigkeiten mit Hilfe des 80-Millionen-Fonds beseitigt werden können, der von der Hauszinssteuer abgezweigt wird.
Im ganzen aber ist der erste Eindruck des Sanierungsprogramms der Reichsregierung in politischen Kreisen recht günstig, vor allem deshalb, weil es zeigt, daß das Reichsamt den Kampf gegen die schweren Nöte des Reiches und der Wirtschaft mit aller Energie aufgenommen hat. Wie weit die Parteien im Reichstag diesen Kampf praktisch unterstützen werden, das wird sich erst im Laufe der Verhandlungen übersehen lassen, die der Kanzler nun mit ihren Führern eingeleitet hat.

Der nachgeholt Besuch.

Der Reichspräsident in Laagen und Trier.
Düren, 1. Oktober.
Zu der für den 10. und 11. Oktober angekindigten neuen Rheinlandreise des Reichspräsidenten wird mitgeteilt: Hindenburg wird am 10. Oktober nachmittags voraussichtlich mit seinem an den FJ-Zug angehängten Salonwagen um 16.28 Uhr in Laagen eintreffen. Nach dem Empfangsfeierlichkeiten wird der Reichspräsident in Laagen übernachten und am Sonntag, dem 11. Oktober, voraussichtlich um 7.40 Uhr mit dem Zuge Laagen wieder verlassen und auf der Fahrt nach Trier den Zug in Düren für zehn Minuten verlassen, um für diese kurze Zeit auf den Dürener Bahnhofsvorplatz herauszutreten. Anschließend erfolgt die Weiterreise nach Euskirchen, wo der Reichspräsident die Bahn ebenfalls für etwa zehn Minuten verlassen will. Es folgt sodann die Weiterreise nach Trier, von wo der Reichspräsident abends wieder nach Berlin zurückkehren wird.
An der Reise wird wegen der unübersichtlichen politischen Lage, die die vollständige Annäherung des Reichstabelle in Berlin notwendig macht, kein Reichsminister teilnehmen.

Die Auflösung des Rhein-Ministeriums

Treutranus Minister ohne Geschäftsbereich.
Berlin, 1. Oktober.
Nach der Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete wird Reichsminister Treutranus Minister ohne Geschäftsbereich. In politischen Kreisen wird angenommen, daß Treutranus als solcher keine Bezüge erhalten wird. Bei den Kabinettsberatungen wird er voraussichtlich wohl sich aber keine Stimme lassen. Eine endgültige Entscheidung hierüber ist aber noch nicht gefallen.
Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Freiherr Langewerth von Simmern, tritt infolge Löhnerherabsetzung der Altersgrenze in den Ruhestand. Staatssekretär Schmid, Ministerialdirektor Müller und Präsidialrat Gollak sind mit dem 30. September in den einseitigen Ruhestand versetzt worden.

Hege über die Reichswehrmanöver.

Anerkennung für die Truppen.
Berlin, 30. September.
Der Chef der Heeresleitung, Generaloberst Hege, hat nach Abschluß der großen Manöverübung 1930 nachstehende Verfügung erlassen:

Die große Manöverübung hat mich hinsichtlich ihrer Organisation, ihrer Durchführung und der von Führern, Soldaten, Truppenleitern und Verwaltungsgestellten geleisteten außerordentlich bewundernswürdigen Leistungen außerordentlich beeindruckt. Ich hat mir gezeigt, daß das Reichsheer allen an es zu stellenden Anforderungen voll entspricht, soweit dies mit Rücksicht auf die Beschränkungen des Berliner Vertrags möglich ist.
Mir persönlich war es eine große Freude und Genugtuung, dem Herrn Reichspräsidenten-Geburtsfest das Reichsheer in dieser ausgezeichneten Verfassung vorführen zu dürfen.
Ich spreche allen, die an der Leitung und Durchführung beteiligt waren, für ihre hingebende, aufopfernde Arbeit und der Truppe für ihre vorzüglichen Leistungen, die sie trotz des schlechten Wetters gezeigt hat, meine volle Anerkennung und meinen aufrichtigsten Dank aus.

„Bewickelte Wirtschaftsfragen.“

Gegen Rückgliederung des Saargebietes um jeden Preis.
Saarbrücken, 1. Oktober.
Das Landesratsmitglied Großkaufmann Richard Becker machte auf einer Tagung des Schutzvereins für Handel und Gewerbe in St. Wendel u. a. folgende Ausführungen: Wir haben unseren Willen, zum Reich zurückzukehren, immer wieder in deutlicher Form betont. Daß die politischen Fragen über kurz oder lang so geregelt werden, wie es dem geschäftlichen Recht unserer Saarbevölkerung entspricht und wie wir und Deutschland es wünschen, daran zweifeln wir nicht.
Bewickelter als die politischen sind die wirtschaftlichen Fragen. Schließlich wollen wir auch eine ähnliche flüssige Regelung vermeiden, wie sie 1919 im Saarland getroffen wurde, eine Regelung, die Inzucht mit Unvollständigkeit zu unserem Schaden verbindet. Deshalb ist es unsere Pflicht, unsere gerechten Forderungen und Wünsche immer wieder geltend zu machen, damit niemand darüber im Irrtum sein kann. Wie werden Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit fordern von Frankreich und Deutschland von Deutschland. Wir sind Gegner einer früheren Rückkehr um jeden Preis, denn das Saargebiet wird auch ohne schädliche Gegenleistungen auf Grund seines Rechtes zum Reich zurückkehren.

Wirtschaft.

gratkosten.
30. September
europäischen
der europäischen
bestimmung
zum Bericht
in Ausschusses der
Ausschusses der
in den Beihilfen
genommen, jedoch
Beschaffung der
bestimmen.
vorgesehen, daß
Sanktionen, Reiches
Büßerbundes für
Behandlung der
päischen Märkten
Wirtschaftspolitischen
den Vereinigten
der Völkerbund
r die europä-
politische Handels-
sich sofort gegen
nen richtete. Man
bedenke das gemein-
zuerbrechen. Man
ganz zurecht, so
ob man nach Wien gekommen ist, um eine gemeinsame wirtschaftliche Grundlage der Zusammenarbeit zu finden, oder um systematisch täglich neue Zollmauern zu schaffen, die den internationalen Handel hindern?

Warum Diplomaten bemüht werden.

Ungeerdete polnische Verdächtigungen gegen Danzig.
Danzig, 30. September.
Die polnische diplomatische Vertretung in Danzig hatte sich über angebliche Verdächtigungen polnischer Briefkästen in Danzig beim Senat beklagt.
Die Verdächtigungen bestanden in geringfügigen Kratzen, deren Entschüpfung kaum auf mutwillige Beschädigung zurückgeführt werden konnte, und es wurde damals gleich die Vermutung laut, daß diese Kratzer auf den polnischen Konsulatsgehöfen durch unvorsichtiges Umgehen polnischer Briefträger beim Entleeren der Postfäßen entstanden war.
An Verlaß eines Schriftwechsels zwischen dem Danziger Senat und der polnischen diplomatischen Vertretung in Danzig wurden daraufhin sämtliche polnischen Briefkästen photographiert und von Danziger Polizeibeamten in bürgerlicher Kleidung Tag und Nacht bewacht, die nach jedem Entleeren eines Briefes den jeweiligen Briefkästen neu untersuchten.